



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Energie für Bayern. Sozial und günstig VI: Heizkosten wirksam senken

Der Landtag wolle beschließen:

Um die Heizkosten für bayerische Haushalte spürbar zu senken, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für

- die sofortige Abschaffung der CO₂-Abgabe,
- die sofortige Absenkung der Energiesteuersätze auf die EU-Minimalsätze,
- die sofortige Absenkung der Umsatzsteuersätze auf Energieträger auf sieben Prozent

einzusetzen.

Begründung:

Von September bis Dezember 2021 sind im Vergleich zum Vorjahr die Gas-Heizkosten in Deutschland um 24 Prozent gestiegen, bei Ölheizungen haben sich die Heizkosten verdoppelt (96 Prozent).¹

Im Dezember 2021 erreichte die Inflationsrate mit 5,3 Prozent im Jahresvergleich den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Der Anstieg der Energiepreise um 18,3 Prozent machte dabei 70 Prozent des Inflationsanstiegs aus. Forscher des Statistischen Bundesamtes argumentieren, dass die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer und die Einführung der CO₂-Abgabe die Hauptgründe für den Preisanstieg im Jahr 2021 sind.²

Nach Einschätzung des ifo Instituts³ und des DIW⁴ schaden steigende Strompreise nicht nur der Wirtschaft, sondern wirken auch regressiv und unsozial, da sie vor allem ärmere Haushalte treffen. Die Kosten für Wohnen, Strom und Heizung stellen mit durchschnittlich 923 Euro die größte monatliche Ausgabenposition privater Haushalte in

¹ Stern (2022). Bis zu 96 Prozent Preisanstieg: So teuer bleibt Heizen in Deutschland. URL: <https://www.stern.de/wirtschaft/news/heizkosten-2022--so-teuer-sind-gas-und-oel-geworden-31470544.html#:~:text=%C3%96%2DHeizung%20mit%20Kostenexplo-sion&text=%22Trotz%20des%20nur%20leicht%20gestiegenen,%22%2C%20errech-nete%20das%20Vergleichsportal>

² Destatis (2021). Inflationsrate im Oktober 2021 bei +4,5 %. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21_513_611.html

³ ifo Institut (2021). Wie fair ist die Energiewende? Verteilungswirkungen in der deutschen Energie- und Klimapolitik. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wie-fair-ist-die-energiewende-verteilungswirkungen-der>

⁴ Kemfert C. et al. (2021). Bayern klimaneutral und sozial – Maßnahmenvorschläge für eine soziale Klimatransformation in Bayern. DIW. URL: https://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/diwecon_bayern-klimaneutral-un-60dd9ee4d040f.pdf

Deutschland dar. Im Jahr 2020 machten sie 37 Prozent der Monatsausgaben aus.⁵ Im Jahr 2018 betragen diese Kosten noch 908 Euro bzw. 33,6 Prozent der monatlichen Gesamtausgaben.⁶

Um die bayerischen Haushalte vor „Greenflation“ und explodierenden Heizpreisen durch die Energiewende zu schützen, sind sofortige Gegenmaßnahmen erforderlich.

Deutschland hat aufgrund überproportional hoher Steuern, Umlagen und Abgaben auf Energieprodukte die höchsten Energiepreise weltweit. Der hohe staatliche Anteil ermöglicht jedoch auch eine sofortige Entlastung der Energiepreise, weil hierfür lediglich eine Anpassung durch den Gesetzgeber erfolgen muss.

In diesem Zusammenhang kommt den politischen Maßnahmen der polnischen Regierung eine Vorbildfunktion zu. Im Rahmen ihres „Inflationsschutzprogramms“ haben unsere polnischen Nachbarn noch im November 2021 die Mehrwertsteuer auf Erdgas gesenkt, die Kraftstoffsteuer auf Null gesetzt und die Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel abgeschafft.⁷

Die Abschaffung der CO₂-Abgabe würde die deutschen Haushalte und Unternehmen jährlich um 20,8 Mrd. Euro entlasten, das entspricht 251 Euro pro Bürger. Eine Halbierung der Energiesteuer würde die Wirtschaft um ca. 20 Mrd. Euro jährlich oder etwa 244 Euro pro Person und Jahr.

Die geringeren Staatseinnahmen aus den vorgeschlagenen Steuersenkungen könnten durch Kürzungen der Staatsausgaben und Subventionen in den Bereichen Dekarbonisierung und Energiewende kompensiert werden. Dadurch könnten jährlich mindestens 129,7 Mrd. Euro eingespart werden, also 1.563 Euro pro Person.⁸ Laut ifo-Institut summieren sich diese systemischen Mehrkosten der Energiewende bis zum Jahr 2050 je nach Szenario auf 500 und 3.000 Mrd. Euro.⁹

⁵ Destatis (2020). Durchschnittliche Höhe der Konsumausgaben je Haushalt im Monat in Deutschland nach Verwendungszweck im Jahr 2019. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164774/umfrage/konsumausgaben-private-haushalte/>

⁶ Destatis (2018). Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2018 in den Gebietsständen. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Konsumausgaben-Lebenshaltungskosten/Tabellen/liste-gebietsstaende.html>

⁷ Kurier (2021). Hohe Inflation: Polen senkt Mehrwertsteuer auf Gas und Strom. URL: <https://kurier.at/wirtschaft/hohe-inflation-polen-senkt-mehrwertsteuer-auf-gas-und-strom/401818630>

⁸ Berechnungen basierend auf: Kofner Y. (2022). Economic policy of Germany's new coalition government: economic and welfare effects. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1617>

⁹ Pittel K. (2019). Was uns die Energiewende wirklich kosten wird. ifo Institut. URL: <https://www.ifo.de/node/43785>